Lesen und dann weitergeben !

Cottbuser - blatt

Zeitung für Demokratie und Alltagssorgen

Nr. 60 | Oktober 1996 | Bitte 1 DM

In dieser Ausgabe

Seite 3:	Das steckt hinter dem Deal mit 3023 Wohnungen
Seite 4:	Wie halten es die Herren Türk und Wonneberger mit der Verfassungstreue?
Seite 8:	Re(h)kapituliert: Was wäre, wenn...
Seite 9:	Wie weiter nach Kohls Sparbeschlüssen?
Seite 11:	Gemeinsam nur auf unterster Ebene?

Cottbuser wehrten sich - die meisten blieben zu Hause

Widerstand am 12. - Ohrfeige am 13. (Seite2)

Sich rühren!

Gewählt wird jetzt in der PDS. An das Stadtaktiv appellierte Kerstin Bednarsky auf der Tagung am 05.09., rührige Genossen für die Vorstände vorzuschlagen. Peter Schömmel meinte, die BO seien zu träge. Beim Sommerfest beispielsweise hätte sich jeder Stadtteil präsentieren können. Wer künftig Verantwortung trägt, soll öffentlich sagen, was er anpacken oder verändern will. Mit der Parteilinie befaßte sich Hans-J. Lapuhs. Er sei froh, in einer Partei zu sein, in der ein Brie und eine Wagenknecht ihre Meinungen darlegen können. Schubladendenken gehöre nicht in die PDS, er selbst passe auch in keine Schublade.

Streit gab's um die Haltung der PDS-Fraktion im Stadtparlament. Von jedem PDS-Abgeordneten erwarte er, sagte Wolfgang Herr, daß er Anwalt der Schwachen ist. H. Nitzschke habe durch seine Haltung bei der 15%igen Mieterhöhung und beim Verkauf der 3000 Wohnungen diese Erwartung nicht erfüllt. Er stellte den Antrag, ihn aus dem Aufsichtsrat der GWC zurückzuziehen.

Polizei griff sich junge Gegner der Bundeswehr

Am Rande der Bundeswehr-Werbeschau "Unser Heer" auf dem Viehmarkt protestierten junge Wehrdienstgegner unter dem Motto "Kein Werben für das Sterben". Sie wurden eindringlich observiert, beim Betreten der Ausstellung ihre Rucksäcke usw. kontrolliert. Die Polizei griff hart durch: Mehrere wurden vorläufig festgenommen. Nicht "weil sie randalierten", so die offizielle Version. Sie hatten gemeint "wenn schon Kontrolle, dann richtig" und als Protest die Hosen runtergelassen...

Fotos: Friedrich Rudolph

Leidenschaftlicher Protest gegen sozialen Kahlschlag

Frauen-Demo und Kundgebung am 12. September / Druck von unten gegen "die da oben" muß noch stärker werden

"Soziale Kälte erfordert heißen Protest!" ist nicht nur die Kampflosung des Cottbuser PDS-Stadtverbandes. Das bestätigte sich am 12. September bei den Protestaktionen gegen das sogenannte Bonner Sparpaket durch die Breite des Aktionsbündnisses und durch die Vielfalt der persönlichen Motive.

Den Auftakt gaben Frauen aller Altersgruppen, die mit selbstgefertigten Umhängeschildern lautstark vom Hauptbahnhof über den Stadtring, die Straße der Jugend und Sprem zogen, unter ihnen auch Kerstin Bednarsky. Am Kundgebungsplatz vor der Heron-Buchhandlung appellierte als Sprecherin dieser Gruppe Petra Hoffmann, Leiterin des Frauenzentrums Cottbus: "Frauen, leistet Widerstand gegen den Sozialabbau, denn die wachsende Armut trägt immer mehr weibliche Züge"! Und sie nannte viele treffende Gründe: In Cottbus beträgt der Anteil der Frauen bei offiziell erfaßten Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern weit über 60 Prozent, an den immer wackliger werdenden ABM-Stellen sogar 75%. Sie nannte das schrittweise Anheben des Rentenbeginns für Frauen auf 65 Jahre und Verschieben der Kindergelderhöhung frauen- und familienfeindlich. Zahlreiche soziale Projekte auf der Basis von ABM sind durch die Kürzung der Mittel dafür in ihrer Existenz bedroht, darunter auch das Frauenzentrum Cottbus.

Herr Fricke vom Bund der Ruhestandsbeamten und Rentner prangerte an, daß die Rentner vom Abbau sozialer Leistungen besonders betroffen werden. Monika Balt, Vorsitzende des Arbeitslosenverbandes Brandenburg, verwies darauf, daß die Lage der Arbeitslosen durch steigende Lebenshaltungskosten bei gekürzten Bezügen immer schlechter wird und ihre Rechte durch das bevorstehende Arbeitsförderungsgesetz drastisch eingeschränkt werden soll.

Dagegen ist Widerstand nötig. Mit ihrem "Sparpaket" hat die BRD-Regierung den Generalangriff auf den Sozialstaat eingeleitet, erklärte Eckhard Rentzsch vom Cottbuser Komitee für Gerechtigkeit unter lauten Buh-Rufen der etwa 300 Kundgebungsteilnehmer.

Als Sprecherin einer Gruppe von Rollstuhlfahrern direkt vor der Rednertribüne forderte Dora Hamacher (Freundeskreis Behinderter/Nichtbehinderter) die Wiedereinführung des Vorranges "ambulant vor stationär" und schilderte die Ängste pflegeabhängiger Behinderter, aus Kostengründen abgeschoben zu werden.

Der 13. September 1996 geht als "Schwarzer Freitag" in die Geschichte ein. Dann bestimmt soziale Kälte die weitere Entwicklung der BRD. Das betonte im Namen der PDS Hannelore Birkholz, Vorsitzende des Sozialausschusses im Landtag Brandenburg. Das "Sparpaket" sei in Wirklichkeit eine gigantische Umverteilung von unten nach oben. Die PDS setzt sich als Alternative für soziale Grundsicherung ein.

Einmütig stimmten die Teilnehmer einer von Horst Friebe, Sprecher des Aktionsbündnisses, vorgetragenen Protestresolution an den Bundestag zu. Ihr Kern: Nein zu Sozialabbau! Ja zu sozialer Gerechtigkeit! Da inzwischen die "Kanzlermehrheit" im Bundestag die ersten Schnitte ins soziale Netz abgesegnet hat und Mitte Oktober die nächsten Einschnitte anstehen, hilft nur eins: Massenprotest, auch derer, die sich das bisher noch nicht trauten, denn Betroffene sind sie auch. W.S.

Wehret den Anfängen!

Die Einführung der Pflegeversicherung sollte pflegebedürfige Menschen vor der Gefahr bewahren, Sozialhilfeempfänger zu werden. Dieses Ziel ist nicht erreicht. Im Gegenteil. Die Novellierungen durch das Pflegeversicherungsgesetz (Pflege VG) und das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) haben die Situation in entscheidenen Bereichen verschlechtert.

Ein besonderes Beispiel ist, daß der Vorrang "ambulant vor stationär" im § 3a des BSHG zur Ermessensfrage des örtlichen Sozialhilfeträgers geworden ist. Die Finanzmisere der öffentlichen Haushalte in den Kommunen und im Landeshaushalt verstärkt die Angst der pflegeabhängigen Behinderten im ambulanten Bereich, daß sie in stationäre Versorgungen abgeschoben werden, wenn sie den Kommunen zu teuer werden. Es ist die Sorge, daß der Wunsch und Wille des Einzelnen und der Anspruch auf Lebensqualität außer [illegible] gelassen wird. **Wir fordern:** Wiedereinführung des Vorranges "ambulant vor stationär" und Rücknahme der Novellierung im BSHG § 3a.

Die Pflegeversicherung hat zur Abrechnung der Pflegeleistungen Leistungskomplexmodule eingeführt. Dieses Punktsystem zwängt die Pflegebedürftigen in ein Zeit- und Abrechnungskorsett, das unmenschlich wird. Z.B. behinderten Menschen, die beim An- und Auskleiden länger Zeit brauchen als nichtbehinderte Menschen, wird für einen Toilettengang 8 min. zugestanden. Die Esseneinnahme mit dem Herrichten von Essen ist in 25 min zu erledigen. **Wir fordern:** Die Abrechnung nach erforderlichem Zeitaufwand und nicht nach dem Punktsystem der Leistungskomplexe.

Die Pflegeversicherung hat in der stationären Pflege gedeckelte feste Pflegesätze entsprechend der Pflegestufe, z.B. Pflegestufe III - 2.800 DM im Monat. Für gleiche Leistungen müßten im ambulanten Bereich 6.750 DM eingesetzt werden. Damit eine Pflegeeinrichtung wirtschaftlich nicht in den Ruin geht, müssen die Heime Einsparungen vornehmen und das geschieht durch Personalreduzierung. D.h., der zu pflegende Heimbewohner erfährt nur noch eine Satt- und Sauber-Pflegeleistung, aber es ist keine Zeit mehr für menschliche Zuwendung oder Erfüllung individueller Wünsche.

Wir befürchten, daß hier wieder Bewertungsgeister von lebenswertem oder unwertem Leben aus der deutschen Geschichte aufsteigen. Darum erklären wir uns solidarisch mit den alten Menschen in stationärer Betreuung, denn behinderte und alte Menschen sitzen in einem Boot.

(Aus der Rede von Dora Hamacher auf der Kundgebung)

Das steckt hinter dem Deal mit den 3023 Wohnungen

PDS-Stadtverordneter U. Neidhardt:

Wie Beschlüsse des Cottbuser Parlaments ausgehebelt werden

Deutliche Worte sagt PDS-Stadtverordneter Dr. Ulrich Neidhardt zur Stadtverordnetenversammlung vom 28. August, bei der die Koalitionsmehrheit für den Verkauf von 3023 Cottbuser Wohnungen an die Aubis-Gruppe stimmte; Übrigens in größter Eile und in 1. Lesung, ohne sich die Zeit zu nehmen, bis zu einer zweiten Lesung das Für und Wider gründlich abzuwägen. Neidhardt äußert sich damit zugleich zum LR-Artikel "93-Millionen-Deal gestern besiegelt". Einen entsprechenden Brief an den Chefredakteur veröffentlichte LR nicht. Ulrich Neidhardt meint:

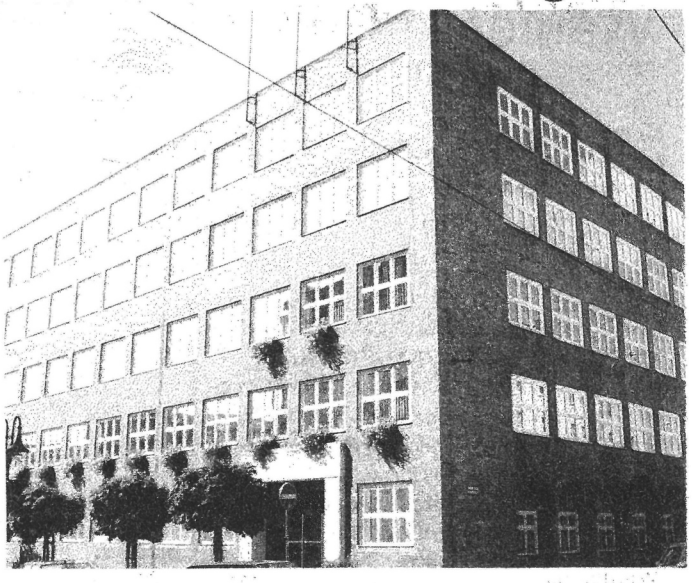
Als Sprecher der PDS-Fraktion zum Tagesordnungspunkt "Zwischenerwerber" erscheinen mir einige Anmerkungen in der Öffentlichkeit notwendig. Man muß kein Hellseher sein, um zu erkennen, daß vor allem die CDU/SPD/FDP-Koalition für die erforderliche Mehrheit für den Deal mit 3023 GWC-Wohnungen sorgte. Auch mir ist übrigens unverständlich, warum der Antrag zur geheimen Abstimmung aus den Reihen meiner eigenen Fraktion kam. Aber schließlich hat ja der Aufsichtsrat der GWC diesem Deal auch einstimmig zugestimmt. Eigentlich müßte man meinen, daß der "Fall" Herzzentrum für Cottbus bereits ausreicht. Offensichtlich soll es aber zum Image der Stadt gehören, sich mit zweifelhaften Investoren einzulassen.

Viel schlimmer jedoch ist, wie Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung ausgehebelt und umgangen werden. Die einschlägigen Beschlüsse zum Zwischenerwerbermodell sahen einen Verkauf von 3000 Wohnungen an die PRIVEG, nicht an die AUBIS-Gruppe oder die zu bildende GmbH & Co. KG vor. Per Beschluß wurde der Verkauf von ganzen Blöcken an Dritte ausgeschlossen, nunmehr ist im Gesellschaftsvertrag nur der Verkauf an fremde Dritte ausgeschlossen.

Interessant ist auch die Eile, mit der dieser Beschluß durchgepeitscht wurde. Man spricht es sogar offen aus: Um den Investoren Steuervorteile zu verschaffen. Sollten die nämlich die am Ende des Jahres auslaufende Sonderabschreibung voll in Anspruch nehmen, können sie ihre Gewinne um satte 46,5 Mio DM mindern und damit Steuern in Millionenhöhe sparen (die sich Theo Waigel dann u.a. auch von den betroffenen Mietern zurückholt). Natürlich spielt für die GWC die 1997 höhere Abführung an den Erblastentilgungsfonds von ca. 3 Mio DM eine Rolle. Ich mache aber die Gegenrechnung auf: Wieviel Geld der GWC-Mieter hat die PRIVEG bisher geschluckt, die mit gegenwärtig 7 Mitarbeitern (darunter 2 Stadtverordneten, die bei der Beschlußfassung ohne weiteres dabei-sein durften) in 2 Jahren gerade mal 270 Wohnungen privatisiert hat.

Ein Detail sei am Rande noch erwähnt: Bei der Beschlußfassung zur Kommunalen Richtlinie für die Mietermodernisierung hat die Koalition keine Eile. Aber da geht es ja auch nur um 250.000 DM, die die Stadt den Mietern als Fördermittel jährlich zukommen lassen müßte...

Die PDS ist nicht grundsätzlich gegen Erwerb von Wohneigentum... Aber wir wenden uns kategorisch gegen die staatliche Zwangsverordnung von Privatisierung. *Dr. Helmuth Markov*



So gläsern, wie das Rathaus aussieht, ist es nicht. Vieles wird hinter verschlossenen Türen verhandelt, wie der Verkauf von 3023 Cottbuser Wohnungen an die Aubis-Gruppe. Die Stadtverordneten sollten dann in größter Eile Ja sagen.
(Foto: Friedrich Rudolph)

In Leipzig vorgemacht

Wie Aubis mit ihren Mietern umspringt

Der Aubis-Gruppe wurde in Cottbus Gelegenheit gegeben, sich auf kaltem Wege 3023 Wohnungen unter den Nagel zu reißen. (Noch fehlen notarielle Bestätigung und Grundbucheintrag, aber das wird schon fix durchgezogen werden.) Diese Gruppe gründet, soweit zu erfahren war, in den ostdeutschen Städten, in denen sie Wohnungen aufkauft, Tochtergesellschaften. Da können die Geschäfte schön undurchsichtig bleiben.

In Leipzig-Grünau ist man schon fleißig am Wirken. Die Gesellschaft, die dort Aubitec heißt, legte den Mietern der in ihrem Besitz befindlichen Wohnungen großartige Sanierungskonzepte vor. Verwirklicht werden sie bisher lediglich in zwei Wohnblöcken, weil die schleunigst weiterveräußert werden sollen. Nach Informationen von Grünauer Mietern werden diese von "seriös" auftretenden Herren und Damen aufgesucht und ihnen eine Reihe von Fragen gestellt bzw. "Ratschläge" gegeben.

1. wird den Mietern nahegelegt, für die Modernisierung ihrer Wohnungen Sanierungskredite (!) aufzunehmen, obwohl dafür ja eigentlich der Besitzer geradezustehen hat. Das sei günstig, erklärt man, denn dann fielen die jährlich 11prozentige Mietsteigerung für Modernisierung weg bzw. die Wohnungen würden bei Kauf billiger.
2. wird den Mietern dringlich geraten, ihre Wohnung zu kaufen, und man fragt zugleich, ob andere "Kaufwillige" bekannt seien.
3. schließlich erwartet man von Leuten, die ihre Wohnung nicht kaufen wollen, daß sie umziehen und verspricht ihnen das Blaue vom Himmel herunter, was die Unterstützung bei der Wohnungsbeschaffung betrifft.

Cottbuser können sich da wohl nun selbst ein Bild machen, was ihnen hier blüht. Herzblatt meint: Wenn ein Immobilienbesitzer von seinen Mietern erwartet, daß sie Sanierungskredite aufnehmen, dann kann er wohl selbst nicht gerade liquide sein. Und wer Nichtkaufwillige zum Umzug drängt, obwohl er laut Vertrag den Mietern lebenslanges Wohnrecht zu garantieren verspricht, ist der seriös? -ert

Sie haben Ihre Wähler verraten

- Offener Brief -

Herrn Jürgen Türk und
Herrn Michael Wonneberger
Mitglieder des Deutschen Bundestages

Sehr geehrte Herren
Bundestagsabgeordnete,

da heute die Regierungskoalition geschlossen für das Sparpaket gestimmt hat, gehe ich davon aus, daß auch Sie Ihre Stimmen dafür abgaben. Nach dem Deutschen Grundgesetz ist ein Abgeordneter nur seinem Gewissen und seinen Wählern verpflichtet. Ich maße mir nicht an, über Ihr Gewissen zu urteilen, bin allerdings davon überzeugt, daß die Mehrheit Ihrer Wähler das heute beschlossene Sparprogramm nicht begrüßt. Interessieren Sie sich eigentlich für die Meinung Ihrer Wähler? Falls ja, wie können Sie Ihr heutiges Abstimmungsverhalten erklären, das ich als Verrat an den Menschen in Ihrem Wahlkreise bezeichne. Sie hatten die Chance, Signale für diese Region zu setzen, indem Sie das Paket ablehnen. Statt dessen beugen Sie sich dem Diktat Ihrer Parteiführung. Das erinnert fatal an das vorwendische Verhalten der Blockparteien, denen Sie damals angehörten. Oder glauben Sie wirklich, eine richtige Entscheidung getroffen zu haben und nur "das Volk ist wieder einmal zu dumm, es zu verstehen". In beiden Fällen wären Konsequenzen Ihrerseits angebracht.
Wie erklären Sie, Herr Wonneberger, die oppositionelle Haltung Ihrer Partei im Brandenburger Landtag gegen die Sparmaßnahmen der Landesregierung, die wesentlich durch die von Ihnen in Bonn mitgefaßten Beschlüsse verursacht werden?
Ich glaube, Herren Bundestagsabgeordnete, daß Sie mit dem heutigen Tag viel an Ihrer Glaubwürdigkeit verloren haben, sich in Bonn für die Belange dieser Region und Ihrer Wähler einsetzen zu wollen. Ihre Wähler sollten in Zukunft schon Ihre Worte hier und Ihre Taten in Bonn genau vergleichen, um später nicht wieder im Regen zu stehen.

Frankfurt(O), den 13.09.96

Kerstin Osten

Mitglied des
Brandenburger Landtages

Wie halten es die Herren Türk und Wonneberger mit der Verfassungstreue?

Verteidigen wir das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland!

Nach dem Sieg der Partei- und Fraktionsdisziplin über Gewissen und Vernunft wollte am "schwarzen Freitag" (13. September) Herrn MdB M. Wonneberger (CDU) nach eigenem Bekunden im ORB-Aktuell der Sekt beim Kanzler nicht schmecken. Das war also der letzte Rest seines Verantwortungsgefühls gegenüber seinen WählerInnen des Wahlkreises 280. In gleicher Nachrichtensendung wollte MdB Herr J. Türk (FDP) weismachen, daß das Sparpaket mehr Arbeitsplätze schafft. Aha, deshalb also die Aufhebung des Kündigungsschutzes in den kleinen Betrieben bis 10 Mitarbeiter. Herr Türk hat eine Ingenieurausbildung - er müßte mal den Beweis antreten, wie das funktioniert: weniger Kündigungsschutz (=weniger Arbeitsplatzsicherheit) bringt mehr Arbeitsplätze.
Nach diesem Prinzip lassen vielleicht beide Herren demnächst die Feuerwehr ausrücken, um den Brand mit Benzin zu bekämpfen. Es ist aber zu fragen, wie es bei beiden Herren um die Verfassungstreue bestellt ist.
Artikel 20 GG schreibt vor:
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung ... gebunden.
Der "Sparpaket" genannte Einschnitt in das soziale System der BRD verstößt gegen GG 20 (1) und demontiert den sozialen Bundesstaat, der am gleichen Tage auf dem Unternehmerkongreß des BDI von Lothar Späth (CDU) als Auslaufmodell bezeichnet wurde. So deutlich wurde noch nie die Hörigkeit der Koalitionsfraktionen gegenüber dem "Big Business" demonstriert.
Die "oberen Zehntausend" blasen also zur Attacke und Revision des bestehenden Sozialsystems und damit zur Änderung der verfassungsmäßigen Ordnung. Das Stichwort nach einer anderen Republik macht die Runde. Was soll anders werden?
Für die Systemauseinandersetzung war das soziale Image der BRD vorteilhaft. Jetzt aber ist nach Auffassung der Banken und Konzerne das nur noch profitschmälernd und politisch auch nicht mehr erforderlich. So ist es eine Ironie der Geschichte, daß nach dem Untergang der DDR Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland den gleichen Weg geht - dank solcher "Volksvertreter", die auf die Verfassung pfeifen.
Man kann fragen, ob das schon eine Sache für den Verfassungsschutz ist - ohne Zweifel ist es aber eine Sache für die Wählerinnen und Wähler, die keinerlei Grund zur Resignation haben. Denn Artikel 20 GG (4) lautet: "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist."
Übrigens: Besagter Artikel 20 GG lautet in der Überschrift: Grundlagen staatlicher Ordnung, Widerstandsrecht.

A. Jarolimek

Ein Info-Mobil des Bundes der Steuerzahler e.V. hielt auch in Cottbus und informierte die Wähler über die Verschuldung in Bund, Ländern und Kommunen. Im Land Brandenburg beträgt sie 7800 DM pro Kopf. Apropos Verschuldung. Sozialwissenschaftler Dr. Otto Kreye schrieb dazu im ND: "Die öffentliche Verschuldung ist in nunmehr fast 15 Jahren konservativer Haushaltspolitik unter der Ägide Kohl herbeigeführt worden; sie ist beabsichtigt. Das 'Sparkpaket' ist nicht im geringsten geeignet, die Verschuldung zu vermindern."

Foto: Friedrich Rudolph

Am 14. September in Cottbus:

Proteste gegen Waffendienst

... von Polizei begleitet

Dann folgten Festnahmen

Fotos: Friedrich Rudolph

"UNSER" HEER?

Was sagt man dazu...

Der Sozialismus ist gegangen. Johny Walker ist gekommen. Nun kam auch die Bundeswehr und zeigte den Cottbusern vom 11.09. bis zum 15.09.1996 "UNSER HEER". Und zwar auf dem Viehmarkt. Wie sinnig. Damit die Besucher sich ein rechtes BILD machen konnten, was "UNSER HEER" so alles kann und wie es dort zugeht, hatte man viel "landwirtschaftliches Gerät" mitgebracht. Apropos "landwirtschaftliches Gerät": Bei Lieferschwierigkeiten möge man sich vertrauensvoll an den BND wenden. Wenn auch vor ein paar Jahren die Lieferung solchen Geräts, sprich alte NVA-Panzer, nach Israel nicht klappte. Die Kriminalgeschichte kennt genug Beispiele von gelungenen Coups. Mut zur Zukunft hat gerade in diesem Milieu einen hohen Gebrauchswert.

Lehrstellen sind derzeit sehr knapp. Das wissen wir. "UNSER HEER" muß das auch wissen. Denn aufopferungsvoll kämpfte es in diesen Tagen darum, in einer Lehrstellenoffensive die Herzen der Jugendarbeitslosen zu erobern. Naturgemäß handelte es sich um Berufe, wo man das Kriegshandwerk erlernen kann. Das hat zwar keinen goldenen, dafür aber blutigen Boden. In Konjunkturzeiten kann man immer mit einem hohen Blut-Zoll rechnen. Ein todsicheres Geschäft!

In Technik-Vorführungen konnte man den "landwirtschaftlichen Geräten" bei der Arbeit zuschauen. Also, für mich waren das stets überzeugende Demonstrationen hervorragender Pflugeigenschaften sowie einer für jeden Zeugen sichtbar hohen Qualität in der Bodenbearbeitung. So aufwühlend und so druckvoll! Da wächst kein Gras mehr. Nur noch Gräberfelder. Ginge es nach den Namen der dort vorgeführten Tatwerkzeuge, entsteht leicht der Eindruck: "UNSER HEER" fühlt sich der Tierwelt sehr verbunden.- Hier einige Beispiele: Schützenpanzer "Marder",

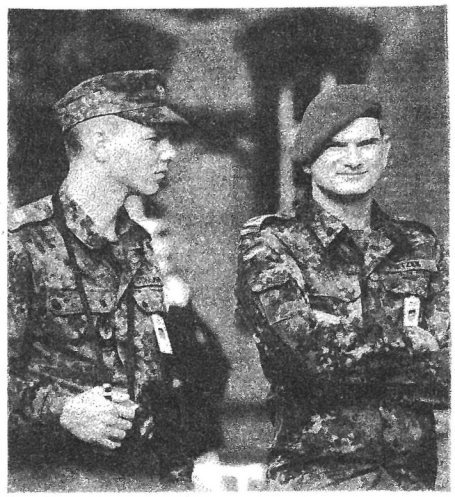
(Fortsetzung Seite 6)

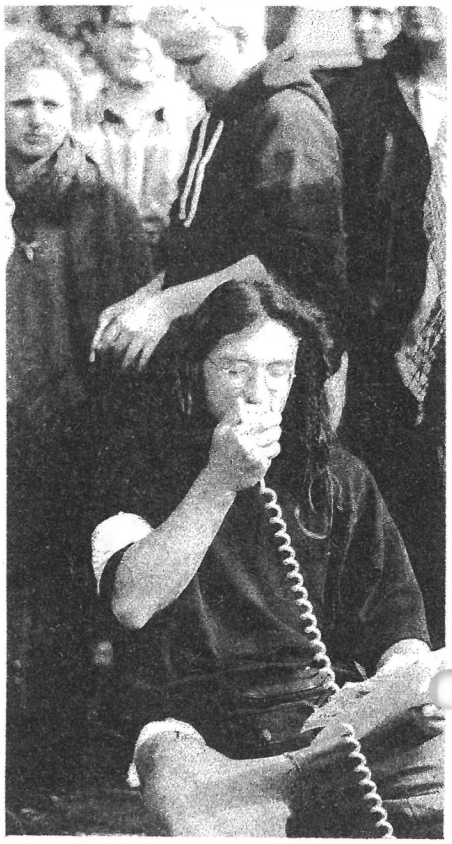
Traf's genau

Es gäbe heutzutage andere Lösungen für Konflikte als militärische Gewalt, deshalb brauche man weder die Werbeschau "Unser Heer" noch Todeswaffen überhaupt, erklärte dieser junge Wehrdienstverweigerer (Foto rechte Spalte) auf dem Viehmarkt. Junge Demonstranten wie er wurden beschimpft ("So'n Arsch wie Dich würden wir sowieso nicht nehmen"), beobachtet und fotografiert und am Eingang der Werbeschau kontrolliert (Fotos mittlere Spalte).

Glatt daneben

Das Heer läßt bitten, meinte Herr J.H. im "Märkischen Boten" und plauderte in seiner Kolumne vom 11./12. September so vor sich hin. Daß sich unter den "Antimilitärs" auffallend viele extrem linke Gruppierungen befänden. Nannte auch PDS-Vorstände und die AG Polittourismus und hoffte, daß die am Viehmarkt "nur argumentieren". Die Hoffnung trog ihn nicht; er hätte sich ja auch mal sachkundig machen können. Kanonen oder Molotow-Cocktails haben die nicht bei der AG Polittourismus. Aber gute Argumente gegen Heerwürmer, für friedlichen Austausch und ein paar andere Geheimwaffen. Die holen sie bei der Kahnfahrt mit Jiciner Freunden oder beim Pariser Pressefest aus ihren Fässern: Echte Spreewaldgurken! Wer weiß es nicht: Nicht jeder Bote bringt wahre Botschaft. Herzblatt





Die Bundeswehr kam nur bis zum Viehmarkt

Am 11.09.1996 wurde die Wanderausstellung "Unser Heer" um 15.00 Uhr im Kreise geladener Gäste auf dem Viehmarkt in Cottbus feierlich eröffnet. Technisch interessierte und abenteuerlustige Kinder und Jugendliche wurden durch Kriegswerkzeug angelockt. Den Besuchern wurde der Weg mit Bussen erleichtert und mit Erbsensuppe schmackhaft gemacht.

Die Kampagne gegen Wehr- und Zwangsdienste hatte mit Info-Ständen, Plakaten und als Soldaten verkleideten Demonstranten ihren Protest vor Ort ausgedrückt. Um auch ins Gespräch mit der Bundeswehr zu kommen, lud sie zum gleichen Tage für 19.00 Uhr in den "Eine-Welt-Laden" ein. Die Veranstaltung war von Kirchenvertretern, die Wehrdienstverweigerer beraten, von Vertretern der Kampagne gegen Wehrdienst, von Vertretern der PDS und von interessierten Bürgerinnen und Bürgern besucht - nur eine Institution schaffte es nicht - "unser Heer" fehlte trotz Zusage. Der Weg von Bonn bis Cottbus war wohl gerade noch zu schaffen, aber in Erwartung Andersdenkender war es anscheinend vom Viehmarkt bis zur Straße der Jugend zu weit.

So gab sich Herr Oppermann von der "LR" alle Mühe, gegen seine eigene Meinung, den Standpunkt zu vertreten, den die Bundeswehr eigentlich hätte darlegen müssen. Die ersehnten Kontroversen kamen dennoch kaum zustande. Einigkeit herrschte größtenteils unter anderem über die Notwendigkeit, Konflikte politisch zu lösen, obwohl die Schwierigkeiten dieses Weges niemand verkennt; die Bundeswehr erheblich zu reduzieren, wenn nicht sogar abzuschaffen, da ein bedrohlicher Angreifer selbst mit aller Phantasie nicht zu finden ist; die Wehrpflicht abzuschaffen, weil sie nur noch dazu herhalten muß, auf dem Wege des Wehrersatzdienstes Zivildienstleistende als billige Arbeitskräfte zu beschaffen.

Die Diskriminierung von Verweigerern ist abzuschaffen. Es verstößt gegen den Gleichheitsgrundsatz, wenn Wehrdienstleistende ihren Entschluß nicht begründen müssen, aber die Wehrdienstverweigerer. Die Finanzierung sozialer Aufgaben könnte sich auch an den Vorschlägen orientieren, die gegen das Bonner Sparpaket gemacht wurden. Allein die Ausgaben für die Ausstellung der Bundeswehr selbst würden der Kommune bereits aus mancher Geldverlegenheit helfen.

Einen Nutzen hatte die einvernehmliche Runde wohl dennoch: die Gesprächsteilnehmer aus vielerlei Richtungen erkannten, daß sie sich über viele Fragen einig sind. Das sollten wir auch weiterhin nutzen. (red. gekürzt)

Dr. med. Dietrich Loeff

"UNSER" HEER?

(Fortsetzung von Seite 5)

Flugabwehrkanonenpanzer "Gepard" oder die Panzerschnellbrücke "Biber". In brauner Vorzeit gab es noch "Tiger" und "Panther". Ist das nicht eine vorbildliche Traditionspflege? Ich finde das tierisch gut!

Eine Streitmacht, sagen wir ruhig, von ca. 100 Tierfreunden in Uniform war in Cottbus angetreten, um mit viel Technik und viel Papier im Duell Bedenkenträger (anderes Wort für Andersdenkende) gegen Waffenträger (also "UNSER HEER") als Sieger hervorzugehen. Die Rede w u.a. vom neuen Auftrag der Bundeswehr. Als ob man gleich jeden neuen Auftrag annehmen muß. Man muß auch mal NEIN sagen können (Stichwort Geschichte). Die gewachsene internationale Verantwortung Deutschlands war ebenfalls ein Thema. Im Klartext (!) besteht sie darin, daß deutsche Soldaten im weltweiten Einsatz Feuer löschen sollen, die maßgeblich von deutschen Waffen angesteckt worden sind, die zuvor deutsche Regierungen und deutsche Rüstungsfirmen dorthin geliefert haben. Da schickt der Brandstifter zugleich die Feuerwehr. Ganz wie im richtigen Leben. Einige Besucher dieser Heeresschau mögen ein "Herz für Tiere" gehabt haben. Andere haben es vielleicht neu entdeckt. Ich bekenne, nicht zu diesem Personenkreis zu gehören. Was ich gesehen , was ich gehört, was ich gelesen habe und andere wesentliche Umstände lassen mich hier nicht zum Überzeugungstäter werden. Haben wir stattdessen Mut zum Menschsein! René Lindenau

Gegen das Bonner Sparpaket:

60.000 in Berlin - genug?

Eine Nachbetrachtung von Gerhard Mahnhardt

60.000 in Berlin auf der Straße gegen das Bonner Sparpaket. Genug? Es hätten mehr sein müssen.
Im Gespräch über dieses Problem verwies Gerhard Leuschner, stellv. Vorsitzender der IG Bau, auf die komplizierte Situation. Die Bundesregierung kennt die Verunsicherung vieler Arbeitnehmer, spielt mit deren Angst, arbeitslos zu werden oder als Arbeitsloser die Chance auf Arbeit zu verlieren, wenn man sich offen bekennt. Viele sind auch verwirrt durch oft gegensätzliche Meinungen von Politikern, z. B. der Ost-CDU-Abgeordneten. Es sei deshalb wichtig, so Leuschner, Sachaufklärung zu betreiben, Betroffenheit zu wecken, das solidarische Gefühl zu stärken und damit auch die Positionen für weitere politische Aktionen.
Es geht nicht nur um die Verhinderung gesetzlicher Ungleichheiten, z.B. im Kündigungsschutz. Die Tarifaufkündigung durch die Unternehmer im Baugewerbe verstehen wir als Angriff auf den gesamten DGB.

So stand es auf den Spruchbändern

Wenn wir schon wie die Raupen kriechen, sollten wir auch Kohl fressen.
(IGM Bosch Berlin-Spandau)

Das Sparpaket ist zum Erbarmen.
Es schont die Reichen und schröpft die Armen.
(IGM Siemens Berlin, Dynamo-Werker)

Keine OstKohlonie!
Rentengleichstellung für Alle!
(PDS Treptow)

Redner und Kundgebungsteilnehmer bezeichneten die Politik der Bonner Regierung als Schützenhilfe für die Unternehmer zur Maximierung der Gewinnanteile auf Kosten der Arbeitnehmer. 1995 schon konnte Hoechst ein Plus von 65 % verzeichnen, entlassen wurden 4.000 Beschäftigte. Bei VW waren es 124 %, entlassen wurden 3.000, bei Thyssen sollen es gar 761 % Gewinnsteigerung gewesen sein, 5500 mußten gehen. Die Streich- bzw. Streichelliste im Bonner Sparpaket unterstützt diesen Trend. Gekürzt bzw. gestrichen werden sollen der Spitzensteuersatz, die Vermögenssteuer, die Gewerbeertragssteuer. Bonn erhofft sich davon mehr Investitionen, aber das Kapital hat längst extragewinnbringend im Ausland angelegt.
Es sei unglaublich, so U. Engelen-Kefer, daß steigende Gewinne und Aktienwerte an der Börse mit steigenden Arbeitslosenzahlen einhergehen, die Beschäftigten aber 1995 über 2 Milliarden Überstunden leisten mußten.
Fraglich ist, ob unter diesen Bedingungen die vom Bischof der ev. Kirche Berlin-Brandenburg erneut bekräftigte Forderung nach einem Bündnis für Arbeit real ist. Verständlich sind eher Forderungen an die Gewerkschaften, den Arbeitskampf energischer und einheitlicher zu führen. 200.000 Protestkarten an Kohl müssen vom Protest zum Widerstand führen. Geht es doch um den Erhalt des Sozialstaates, um die Wahrung des Grundgesetzes. Die 98er Wahlen müssen der Koalition die Quittung geben.

Berliner wehren sich Foto: D. Sperling

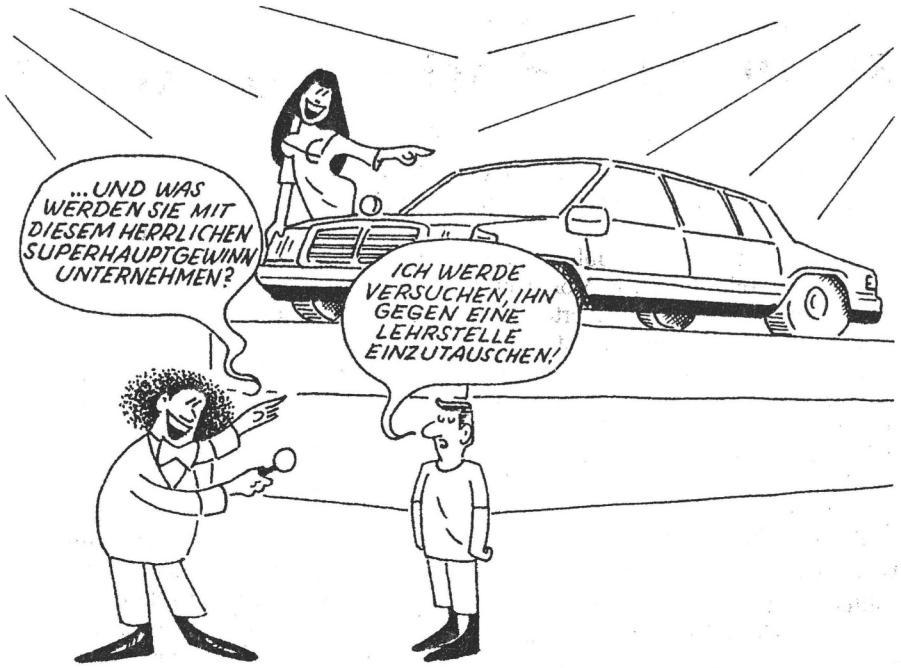
Ist der Sozialstaat noch zu retten?

Nicht zum ersten Mal konnten wir die PDS-Bundestagsabgeordnete Prof. Christa Luft bei einem Frühschoppen begrüßen. Das Thema an diesem 01.09.1996 war: Ist der Sozialstaat noch zu retten? Und nicht wie der "Märkische Bote" schrieb: "Rettet die PDS den Sozialstaat?" Nun - die PDS hat zwar eine gewisse Größe. Wer will das bestreiten ... Aber sie ist nicht größenwahnsinnig, wie mancher Journalist.
Christa Luft meinte, daß die Bundesrepublik, solange die DDR existierte, wenigstens äußerlich bestrebt war, am Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes festzuhalten. Aber alles hat ein Ende- wie der Musikfreund weiß. Nun sieht es so aus, als habe die Verfassungstreue der Bundesregierung (endgültig?) dieses Ende erreicht. Christa Luft charakterisierte das von der Bonner Koalition vorgelegte Programm für Wachstum und Beschäftigung, kurz Sparpaket, als verfassungswidrig. Darin werden nämlich das Sozialstaatsgebot und der Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes verletzt. Ferner entlarvte sie den offiziellen Titel dieses Programms als Etikettenschwindel, weil damit weder Wachstum noch Beschäftigung gefördert würden. Entsprechende Hoffnungen seien eine Illusion - so die Bundestagsabgeordnete. Diese Meinung vertraten im Gespräch mit ihr auch zahlreiche mittelständische Unternehmer.
Damit das Geld dort abgeholt wird, wo es ist, so formulierte es Christa Luft, bereitet die PDS einen Antrag vor, wonach eine einmalige Abgabe auf große Vermögen (ab 1 Mio DM) erhoben werden kann. Damit greift die PDS eine Idee von Alt-Bundespräsident Weizäcker auf. Also an Geld fehlt es nicht ! Das wird auch daran deutlich, daß jährlich bis zu 700 Mrd. DM Unternehmergewinne nicht in die produktive Sphäre investiert, sondern auf den Finanzmärkten angelegt werden. Profit ist alles, der Mensch ist nichts. Für ihn gibt es ja keine Zinsen... Die Frau Professor konnte auch von einem "Lernerfolg" der Bundesregierung berichten: Nach langjährigen Bemühungen scheint sie jetzt kapiert zu haben, daß häufigere Betriebsprüfungen in Firmen sowie der Abbau von Steuerprivilegien durchaus ihren Sinn haben. Spätzünder sind eben überall!
Ferner forderte Genossin Luft Veränderungen in der Förderpolitik. Vor allem müsse sie beschäftigungsorientiert sein. Die Bundesregierung ist uns dabei ein Vorbild. Sie beschäftigt uns sehr.

René Lindenau

Re(h)kapituliert

Was wäre, wenn...?



Karikatur: Hänsch

Im siebenten September nach der Mauer können die beiden Teile des vereinigten Landes noch immer nicht zu einander finden. Ansonsten scheint allerorts deutscher Alltag wieder eingekehrt zu sein: ein Aufschrei der Empörung begleitet den jungen amerikanischen Historiker Goldhagen bei seiner Reise durch Deutschland. Der hatte als Jude den deutschen Bürger zutiefst in der Seele getroffen, als er in seiner Dissertation, in Buchform erschienen, den Deutschen vorwarf, willfährig und aus Überzeugung Hitler beim Holocaust zur Hand gegangen zu sein. Da darf Ritterkreuzträger und späterer FDP-Minister in der Bundesregierung Mende dagegen in aller Öffentlichkeit und mit Beifall bedacht das Hohelied des deutschen Soldaten singen (da belastet es schon, zu wissen, daß neben Globke, Oberländer... auch dieser Mende im allerhöchsten Staatsdienst stand, in eben dieser Republik, in der wir nun endlich ankommen sollen).

Fast zur gleichen Zeit erscheint in der Lausitzer Rundschau ein längerer Beitrag über die Burg Hohnstein in der Sächsischen Schweiz. Von allem ist die Rede..., daß dort früher in den Gewässern Lachs gestochen wurde, welche Ritter und andere adligen Herren auf der Burg ihre Tage verbrachten, aber kein Wort darüber, daß auf dem Hohnstein die Nazis jahrelang ihre Gegner einkerkerten und quälten. Freilich, den Chefs in der Redaktion kann das nicht angekreidet werden, denn die kennen sich besser in der Holsteinischen oder Eidgenössischen Schweiz aus als in der Sächsischen.

Während die bundesrepublikanische Welt gebannt nach Bonn blickt, wo ums Sparpaket gerangelt wird, sozusagen auch ein Schritt zurück zum deutschen Alltag, schießt in der Nähe von Potsdam ein Feldjäger-Hauptmann (ein Sprecher der Bundeswehr bezeichnet den Mann zwei Tage später in einem ORB-Interview als erfahrenen Offizier, der genau wußte, was nach den im Bundestag für solche Fälle beschlossenen Gesetzen erlaubt und geboten sei) auf drei Jugendliche. Sie waren, wie auch immer, auf das Übungsgelände des Manövers "Schwarzer Adler" geraten und hatten mit ihrem Auto dann im Rückwärtsgang die Flucht ergriffen. Der 19jährige PKW-Fahrer wurde durch die Schüsse schwer verletzt. Von den beiden 15-(!) und 14jährigen (!) Beifahrern wurde der eine leicht verletzt, der andere kam mit dem Schrecken davon. Als der Pressesprecher der Bundeswehr Hans-Dieter Overweg von der TV-Moderatorin befragt wurde, verwies er noch darauf, daß dies auf gesperrtem Terrain geschah, mit entsprechenden Warntafeln umgeben. Gleichzeitig rechtfertigte er die Schüsse mit dem nebulösen Hinweis, daß die Eindringlinge vermutlich alles andere als harmlose Absichten gehabt hätten.

Wohlgemerkt: Das alles geschah nicht an der grenze zwischen zwei Ländern, die ja wohl auch abgesperrt und mit Warntafeln bestückt war. Es geschah auch nicht 1985 oder zu einem früheren Zeitpunkt des kalten Krieges. Im Sommer 1996 schießt mitten in Deutschland nahe des brandenburgischen Ortes Lehnin ein Bundeswehrhauptmann mehrmals auf Halbwüchsige. Keine Frage! Im Rechtsstaat sind die staatsanwaltlichen Untersuchungen längst im Gange. Verwunderlich bleibt natürlich, hoffentlich auch für die Ermittler, daß da gleich losgeballert wurde. Aber ebenso verwunderlich erscheint, daß außer ORB weder ZDF noch ARD auf dieses Vorkommnis auch nur mit einem Wort in den Nachrichtensendungen eingingen. Die LR bringt es auf einer hinteren Panorama-Seite zwischen anderen Beiträgen ("Couch als Kinosessel" und "Wartburg aus dem Museum gestohlen"). Bei aller Medienvielfalt und der hinlänglich bekannten Spekulationslust der Journalisten, niemand sieht auch nur die leiseste Verbindung zu den aktuellen Grenzerprozessen, zur Suche nach früheren Schießbefehlen.

Bei der journalistischen Vorliebe zum Wort "Nachfolgeorganisationen" und dem sonst augenscheinlichem Hang der Bundeswehr zur Traditionspflege wagt auch niemand daran zu erinnern, daß die Vorgänger der Feldjäger die Feldgendarmen waren, die bekanntlich beim Waffengebrauch kaum Skrupel hatten. Kein Wort darüber. Von den deutschen Medien wurde das Geschehnis mutmaßlich als lokale Begebenheit, als nicht berichtenswert angesehen. Was wäre eigentlich alles in den Zeitungen und bei den Fernsehsendern abgegangen, wenn alles zehn Jahre früher geschehen und der schießende Hauptmann ein NVA-Offizier oder gar ein DDR-Grenzer gewesen wäre? reh

Frau Breuel hat wieder Spaß

Na, da freuen wir uns aber mit! Die ehemalige Treuhandchefin kann sich in ihrer neuen Stellung (auch sehr gut honoriert) "mehr den Themen und Inhalten zuwenden, mit Menschen diskutieren". Bei der Treuhand ging es immer ums "Entscheiden, Entscheiden, Entscheiden". So berichtet LR am 3. September 96.

Sie hat das keinen Tag lang bereut. Was eigentlich? Daß sie keine Zeit für die Menschen hatte in der fleißig mit Abwicklung beschäftigten Treuhand? Auftrag oder eigener Wille?

Jedenfalls kennzeichnend für die von den Altbundesländern getragene Wirtschaftspolitik, wie der Markt bereinigt und Gewinne gesichert wurden. Mit dem Sparpaket setzt Bonn diese Politik fort. Betroffen sind die Gleichen, nun allerdings auch verstärkt in den Altbundesländern.

G. Ma.

Wie weiter nach Kohl's Sparbeschlüssen?

An Deutlichkeit ließen es die 60.000 Demonstranten in Berlin am 14. September nicht fehlen. Foto: D. Sperling

Am 17.09.1996 erlebte die Veranstaltungsreihe, "Bonn spezial" der Berliner Außenstelle der PDS-Bundestagsgruppe ihre Premiere. Kostenlos und unverschlüsselt erhält man dort ein Bild von der Bonner Politik-Landschaft. Die Drehbücher, bzw. Vorlagen hierfür, werden vom Bundestag gefertigt. Die Gäste können dann von der PDS erfahren, wie und von wem sie "gefilmt" worden sind. In seinen einleitenden Worten verkündete der PDS-Pressesprecher, Hanno Harnisch, den Erstbesuchern die frohe Botschaft, daß "Bonn spezial" künftig einmal im Monat stattfinden soll. An diesem Tag zu dem gar nicht lustigen Thema: Bonner Sparpaket. Seitens der Bundestagsgruppe waren Gregor Gysi und Heidi Knake-Werner gekommen, um über Inhalt, Hintergründe des am Freitag, den 13.(!), beschlossenen Sparpakets sowie über mögliche Alternativen zu informieren und mit den Teilnehmern zu diskutieren.

Gregor Gysi sprach davon, daß die Bonner Koalition beim Sparpaket eine Gerechtigkeitslücke zugelassen habe, die sich als großer Fehler erweisen könnte. Er vertrat ferner den Standpunkt, daß man Armut nicht wirksam bekämpfen kann, wenn man nicht bereit ist, den Reichtum zu begrenzen. Überwiegend wird heute aus Geld Geld gemacht. Dieser Umstand ist nach Meinung des Vorsitzenden der Bundestagsgruppe eine wesentliche Ursache für die hohe Arbeitslosigkeit. Die PDS fordert in dieser Situation die Besteuerung von Finanz- und Spekulationsgeschäften. Ein Beispiel für die verfehlte Steuerpolitik: Daimler-Benz zahlte 1995 noch 2 Mrd. DM Ertragssteuer. In diesem Jahr bleibt das dem Konzern erspart. Waigel sei Dank! Das muß man ja nicht zulassen, sagte G. Gysi dazu. Wird aber. Deshalb müsse man die Bundesregierung fragen, warum sie es zuläßt. Nun wartet die ganze Nation gespannt auf deren Antwort... Impulse für "Wachstum und Beschäftigung", so der offizielle Titel des Sparprogramms, sind nach Einschätzung Gysis entgegen anderslautenden Behauptungen der Koalition nicht zu erwarten. Im Gegenteil - weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit, Reduzierung der Kaufkraft, kein Wachstum.

Heidi Knake-Werner erinnerte daran, daß sogar "kranke und halbtote" Koalitionäre eingeflogen wurden, um die Kanzlermehrheit bei der Abstimmung des Sparkataloges sicherzustellen. Als ehemaliger DDR-Bürger wird man da hellhörig. Übrigens wird nun auch bei Schwangerschaften die Kürzung der "Lohnfortzahlung im Krankheitsfall" (!) wirksam. Ganz schön krank, was!? Allerdings gibt es wohl keinen besseren Schutz des ungeborenen Lebens. Man müsse sogar damit rechnen, daß weitere Sparpakete schon geschnürt sind, so Heidi Knake-Werner. In diesem Fall ginge es erneut um Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik/Arbeitsförderung. Verheerend wäre, der Bundestagsabgeordneten zufolge, das Runterfahren der ABM-Maßnahmen auf das Westniveau. Im Osten wären ca. 250.000 ABM-Plätze in ihrer Existenz bedroht, wenn die Bundesregierung ihre Drohung, dies zu tun, wahrmacht. Heidi Knake-Werner äußerte die Ansicht, daß der Gesellschaft nicht die Arbeit ausgehe, sie müsse neu entdeckt werden. Notwendig sei u.a. eine Umverteilung der Arbeit. Bekanntlich hält die PDS dieses Sparprogramm für verfassungswidrig. Deshalb erwägt sie beim BVG eine Normenkontrollklage einzureichen. Darauf angesprochen, erklärte G. Gysi, daß dafür die Unterschriften von 34 Abgeordneten eingeholt werden müßten. Sämtliche MdB's, die die Annahme des Sparpakets verweigerten, wird die PDS-Gruppe deshalb anschreiben und um deren Unterstützung bitten. Zum Stimmverhalten der Abgeordneten der Ost-CDU meinte er, die Blockfreunde hätten nichts von ihrem Untertanengeist eingebüßt, sondern nur den König gewechselt. Und der heißt ja Kohl. Da werden mit gesetzmäßiger Regelmäßigkeit Mißernten zum Gesetz erhoben, sage ich.

René Lindenau

Es paßt zusammen. Deshalb:

Aufgepaßt!

Freitag, der 13. 341 Jasager beklatschen im Bundestag begeistert... Ja was eigentlich?

- daß künftig Arbeiter und Angestellte bei Krankheit nur noch 80% Lohnfortzahlung erhalten? Oder daß sie als Beamte und Bundestagsabgeordnete davon nicht betroffen sind?

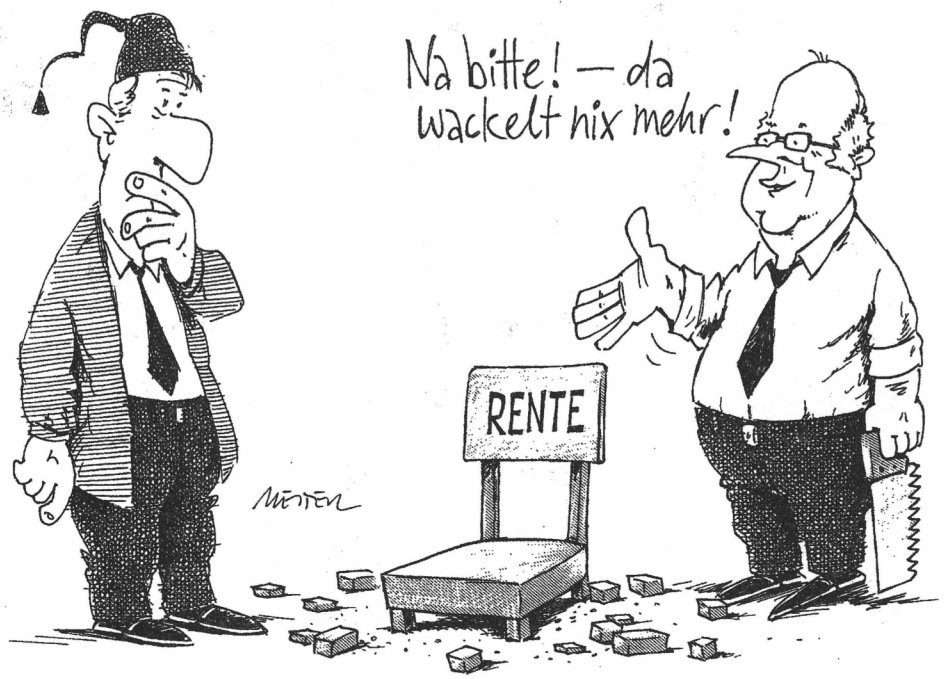
Umgefallen sind alle die Ost-CDU-Abgeordneten, die vorher vollmundig gegen das Sparpaket vom Leder zogen. Parteidisziplin in der CDU, das ist wie Stärkung der Kampfkraft früher bei unseren führenden Partei...

Zu gleicher Zeit beklagen die Arbeit-geber-Oberen Stihl und Necker, daß der "Wohlfahrtsstaat" für die Unternehmen immer noch Hemmschuh sei. Bei Anspruchsverzicht der Ostländer dauere die Anpassung von Ost an West noch 15 bis 20 Jahre, und da sei Steuersenkung für die Unternehmer, Rückführung der sozialen Umverteilung einfach notwendig.

Nun kommt Susann Michalk und tröstet uns in ihrem Kommentar der Lausitzer Rundschau vom 14. 09. Die Anpassungszeit, rechnet sie, das wären so mit Schaltjahren lappige 7413 Tage. Ist doch gar nicht so schlimm. Wenn wir nur "hoffnungsvoll und mutig" in die nächste Woche gehen - der Optimismus-Befehl aus Saarbrücken ist unüberhörbar - "haben wir dann schon wieder ein paar Tage hinter uns gebracht". Oder meint sie's satirisch? Eine Pastorin hätte nicht besser Trost zusprechen können.

Doch ehe die Anpassung in den nächsten 7400 Tagen greift, sollten wir allesamt aufpassen, spätestens bei den nächsten Bundestagswahlen. Bis 1998 ist nicht mehr viel Zeit...

G.Ma.



Aus IG: Medien FORUM 5/96

Eigentum und Sozialismus

Diskussion der AG Theorie vom 10.09.1996

Unter dieser Überschrift diskutierten wir am 10.09.1996 eine Kernfrage unseres politischen Verständnisses der Vergangenheit und Gegenwart. Wir waren uns einig, daß dabei der Marxismus entscheidender geistiger Bezugspunkt für uns bleibt (Michael Schumann im ND vom 26.08.1996). Gleichzeitig müssen aber auch andere Gedanken herangezogen werden, da der bisherige, als Sozialismus aufgefaßte gesellschaftliche Versuch keine Lösung gebracht hat. Nach wie vor leidet die Menschheit unter extremen Unterschieden bei der Verteilung der Güter. In Deutschland kontrollieren 1996 ganze 3% der Menschen 80% des produktiven Vermögens, und im Jahre 1993 besaßen 10% aller deutschen Haushalte mehr als die Hälfte des vorhandenen Geldvermögens, während 50 % der Haushalte nur über 1,2 % des Geldvermögens in Deutschland verfügten. Die Beispiele der Ungleichheit ließen sich umfangreich fortsetzen.

Sowohl die Klassiker des Marxismus als auch der Eigentumsbegriff sind breiter zu erschließen, als das bisher geschehen ist. Eigentum ist eine philosophische, ökonomische, gesellschaftliche, juristische und sogar historische Kategorie. Einfache, allgemeingültige Lösungen sind nicht zu haben, diskutiert werden zur Überwindung der sozialen Ungleichheit sowohl Beschränkungen der Verfügungsgewalt über das Eigentum, wie auch Sozialisierungen und Enteignungen. Engels zum Beispiel konnte sich zahlreiche Wege zur Überwindung der Kapitaldominanz vorstellen, wie Progressivsteuern, Einfluß auf die Verfügungsgewalt und Konkurrenz der Staatsindustrie, ebenso wie Enteignung gegen Entschädigung. Lösungen "mit einem Schlage" hielt er für ausgeschlossen (F. Engels: Grundsätze des Kommunismus, vom Bund der Kommunisten 1847 angenommener Programmentwurf.). In der Diskussion ist auch immer noch das Genossenschaftseigentum.

Beachtenswert ist auch, daß das Grundgesetz der BRD in dieser Hinsicht mehr Spielraum läßt, als allgemein bekannt ist. Artikel 14 und 15 formulieren sowohl die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, wie auch die Möglichkeit der Überführung in Gemeineigentum. Praktisch wird hiervon gegenwärtig kein Gebrauch gemacht - im Gegenteil. Dabei ist auch zu beachten, daß vereinzeltes Staatseigentum in einer rein privatwirtschaftlich geprägten Umgebung, die ihre spezifischen Verwertungsregeln vorgibt, benachteiligt ist. Öffentliches Eigentum ist also nicht unbedingt schon von sich aus unproduktiver als Privateigentum, es wird auch durch dessen dominierendes Regelsystem zur Uneffektivität verdammt.

Da keine Patentrezepte existieren, konnten wir auch in unserer Diskussion keine finden. Die Diskussion geht am 08.10.1996, 18.00 Uhr in den Räumen des Stadtvorstandes Cottbus der PDS weiter. Alle Interessenten sind herzlich willkommen.

Dr. med. Dietrich Loeff

Kinder, wachst nicht auf, wachst ab!

Die Kinder, immer als die Zukunft Brandenburgs dargestellt, werden unter MP Stolpes Regierung beim Sparen nicht ausgelassen. Als erstes strich man das "Begrüßungsgeld". Jetzt begründet Finanzministerin Simon die neuen "Abwachsraten" (so nennt sie es!) im Betreuungsbereich. Eine Erzieherin in Krippen muß künftig 7 statt sechs Kinder betreuen, in Kindergärten 14 statt 12, im Hort 6 Kinder mehr als bisher. Laut Simon sollen so 1000 - 1500 Kindergärtnerinnen und 43 Mill. DM gespart werden, aber die Qualität der Betreuung würde nicht beeinträchtigt. Na, wenn man so problemlos reduzieren kann, da könnte ja auch das Finanzministerium abwachsen: statt 2 nur 1 Staatssekretär.. Davon abgesehen geht das Abwachsen sowieso überall auch ungeplant weiter. Im 1. Halbjahr erfaßte das Bundesamt in Wiesbaden 12.000 Firmenpleiten. Wieso steht dann eigentlich in einem Flugblatt der SPD nachdrücklich: Mehr Wachstum!? Aber vielleicht gilt das für das SPD-regierte Brandenburg nicht. G. Ma.

Zitiert

Verheerende Wirkungen

Dr. Otto Kreye, Sozialwissenschaftler:
Das "Sparpaket" ist nicht im geringsten geeignet, die Verschuldung zu vermindern. Es wird nicht gespart, sondern umverteilt... Die Bezieher von Einkomm aus Gewinnen und Vermögen, die Reichen werden reicher werden. Die Masse der Bezieher von Lohn- und Sozialeinkommen wird ärmer werden; sie wird buchstäblich um ihr zustehendes Einkommen enteignet.

(ND, 14. September 96, S.1)

Die deutsche Einheit

Gregor Gysi in der Bundestagsdebatte am 11.09.1996: "... Die deutsche Einheit ist an dem Tage vollendet, an dem die juristische Sonderbehandlung der Ostdeutschen aufhört, an dem in Ost und West gleich verdient wird, an dem es auf Sylt so viele ostdeutsche Immobilieneigentümer wie gegenwärtig westdeutsche auf Rügen gibt und an dem die erste Ostdeutsche in einem westlichen Bundesland zur Ministerpräsidentin gewählt wird - und sich über all das niemand in Ost und West wundert." (s.ND vom 14./15.9.96, Seite 3)

Braunkohle für Jänschwalde - mit oder ohne Horno?

Die 4. Tagung des 4. Landesparteitages der PDS Brandenburg wird sich am 19./20. Oktober in Lauchhammer mit der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung in der Lausitz befassen.

Im Ergebnis eines Verfassungsrechtsspruches liegt nun nach mehr als einjährigem Brüten seitens der Landesregierung seit Anfang August der Referentenentwurf des "Braunkohlengrundlagengesetzes" vor. Dieses Gesetz soll nach seiner Annahme für das Land Brandenburg die Gewinnung von Braunkohle regeln, es soll die "unvermeidbare Inanspruchnahme von Siedlungen", die dazu vorzunehmenden Ersatzleistungen und Umsiedlungsvorschriften bestimmen und es soll den Erhalt sorbischer Traditionen durch das Angebot geeigneter Wiederansiedelungsflächen innerhalb des angestammten Siedlungsgebietes der Sorben (Wenden) ermöglichen.

In seiner Beratung am 26. August hat eine deutliche Mehrheit des Braunkohlenausschusses den Gesetzesentwurf für geeignet erklärt, um darauf aufbauend, eine parlamentarische Beschlußfassung ohne Zeitverzug erreichen zu können.

Obwohl ich dem Beschluß des Braunkohlenausschusses im Grundsatz zugestimmt habe, sehe ich noch eine ganze Reihe von Kritikpunkten am vorliegenden Entwurf, die unbedingt noch ausgeräumt werden müssen. Als wesentlichste Schwäche sehe ich die fehlende Verpflichtung der Landesregierung, die Hornoer Bürger von der notwendigen Umsiedlung ihres Ortes zu überzeugen. Im Gegensatz zur vorhandenen Realität geht der Entwurf von einem stillschweigenden Einverständnis der Hornoer Bürger und der aufnehmenden Gemeinden für die Umsiedlung aus. Der Widerstand der Hornoer ist massiv vorhanden und kann nur durch aktive Überzeugung beigelegt werden. Eine Zwangsumsiedlung erscheint mir unvorstellbar und kann nicht unterstützt werden. Es fehlt auch der gesetzlich zu fordernde Nachweis für den Bedarf am Umfang des vorzunehmenden Braunkohlenabbaus. Auch die notwendige Gewährleistung des Prinzips der sozialen Verträglichkeit, sowohl für die Umsiedlungsentscheidung als auch für den Erhalt von Arbeitsplätzen ist unzureichend in den Entwurf eingearbeitet. Wenn es auf dem parlamentarischen Wege gelingt, die sichtbaren Schwächen des Entwurfes zu beseitigen und die Landesregierung stärker in ihre eigenen Pflichten zu nehmen, kann das Gesetz Wesentliches zur Entspannung der unbefriedigenden wirtschaftlichen und sozialen Situation in der Lausitz beitragen. Ich hoffe, unsere Parteitagsberatung wird in sachlicher Weise zur öffentlichen Klärung dieses umstrittenen Problems beitragen.

Siegfried Dilk, PDS-Stadtverordneter
und Parteitagsdelegierter

Zufall, die Mülltonnen im Vordergrund... Wer wird letzten Endes auf dem Kehrichthaufen der Geschichte landen? Die Politiker? Die heimatverbundenen Hornoer? Die Braunkohlenkumpel? Foto: Friedrich Rudolph

Gemeinsam nur auf unterster Ebene?

MdB Labsch (SPD) und Mieterbundvorsitzende Kircheis (PDS) setzen sich für Cottbuser Mieter ein

Cottbuser Mieter fanden es nur zu natürlich, daß bei ihrer Versammlung in der Mentana am "Präsidiumstisch" ein SPD-Mann neben einer PDS-Frau und einem Parteilosen saß - und sich alle drei der Mietersorgen annahmen: es ging an diesem 4. September um das Wohngeldänderungsgesetz, das den Mietern neue Opfer abverlangt. Wenn die CDU-Abgeordneten der neuen Länder wie Wonneberger, Stübgen, Eppelmann und FDP-Mann Türk für die Interessen der Ostleute eintreten würden, wie sie immer betonen, würde ein solches unsoziales Töpfer-Gesetz unweigerlich zu Fall kommen, meinte Bundestagsabgeordneter Labsch (dessen Partei allerdings das grundlegende Fehlurteil "Für DDR-Altschulden" mitgefällt hatte). Der frühere Cottbuser Bürgermeister versucht nun weitere Schadensbegrenzung und setzt sich z.B. als Aufsichtsratsmitglied in der entstehenden Sandower Mietergenossenschaft für die Interessen der Bürger ein. Allerdings teilt er die trügerische Meinung seiner Parteigenossen, daß nur auf örtlicher und Landesebene eine Kooperation mit der PDS möglich sei.

Labschs Wort an diesem Abend "Wir brauchen mehr Wind von unten" scheint von seinen Cottbuser SPD-Genossen nicht verstanden zu werden - an der Demo vom "Aktionsbündnis gegen Sozialabbau" eine Woche später vor der HERON-Buchhandlung war die SPD nicht beteiligt. So war Labschs Antwort auf bittere Fragen auch nur eine verbale Anklage in Richtung CDU. Auch Kerstin Kircheis konnte nur wenig Tröstliches sagen, als zwei ältere Mieterinnen aufstanden: "Wo soll ich hinziehen, denn bald kann ich meine Miete nicht mehr bezahlen?" (Eine anwesende Mitarbeiterin des Wohnungsförderungsamtes bot ein klärendes Gespräch an), und "Wird meine Rente auch noch drei Monate länger gezahlt, wenn ich gestorben bin, damit meine Verwandten die noch drei Monate danach fällige Miete bezahlen können?" Solche Fragen sind in dieser Gesellschaft schon keine Randfragen mehr. Hermann

Zeit wär's! Foto: Friedrich Rudolph

Lausitzer Rundschau noch vor BILD

Mit der "LAUSITZER RUNDSCHAU" sind die Leser offenbar nicht so recht zufrieden. Das ergab jedenfalls eine im August veröffentlichte Umfrage des Meinungsforschungsinstituts "Das deutsche Kundenbarometer". Die Leser von 50 deutschen Zeitungen wurden dabei nach Qualität, Vielfalt, Aktualität und Verständlichkeit ausgeforscht.
Während die früheren Bezirkszeitungen "Ostseezeitung" Rostock und "Thüringer Allgemeine" (ehemals "Das Volk", Erfurt) sowie die "Freie Presse" Chemnitz die Plätze 1, 2 und 5 der Zufriedenheitsskala belegten, steht unsere unabhängige Heimatzeitung auf Rang 42 der Zufriedenheitsskala.
Doch die Tabelle hat einen Trost in Gestalt des nachgeahmten Vorbilds parat: "BILD" liegt hinter der Rundschau auf Rang 43.

Hans Georg

Mal ins Blatt gekommen...

Wenn ein PDSler oder ein anderer andersmeinender Bürger mal in die LR kommen will, dann muß er sich schon mindestens von einem großen Tier angehen lassen. Als ein Zirkus-Elefant mit seinem Stoßzahn dem Cottbuser PDS-Geschäftsführer einen Hieb versetzte, war das der LR einen Zweispalter wert.
J.H. vom "Märkischen Boten" genügt es schon, wenn einer öffentlich eine andere Meinung äußert als die offizielle Politik. Auf den stürzt er sich - gleich in einem Vierspalter. So geschah es unserem Herzblatt-Autor T.K., der sich kritisch mit dem Verkauf von 3023 Cottbuser Wohnungen auseinandersetzte. (Seine Meinung, nicht die des Mieterbundes war auch auf dem genannten Flugblatt verbreitet worden.) Da greift J.H. flugs in die Mottenkiste und bemüht alles, vom "SED-Erben" bis zu den "Niederungen althergekommener Demagogie". Und mühelos verwandelt er die "maroden Plattenbuden" in einen "Großen Wohnungsbestand, der heutzutage zunehmend professionell gemanagt wird". Zum Wohle der Leute - oder der Manager?

Herzblatt

Fragen-Steller

Ich stellte - Fragen in den Raum.
Man ließ sie stehen.
Unberührt.
Ich öffnte die Fenster.
In der Hoffnung -
auf Berührung.
Vergebens.
Nur, ich bin heute erkältet.
Noch Fragen...

Ich stellte - Fragen in den Raum.
Man ließ sie stehen.
Als unzustellbar.
Ich suchte -
nach neuen Adressen.
Vergebens.
Heute habe ich keine
Fragen mehr.

René Lindenau

Gewinne Sommerfest

Die Gewinne auf folgende Nummern der Eintrittskarten vom Sommerfest können **noch bis 15.10.1996** in der Geschäftsstelle abgeholt werden:

98003	98026
98054	98111
98181	98195
58965	58979

Herausgeber: Stadtvorstand der PDS Cottbus, V.i.S.d.P.: Siegfried Dilk
Breitscheidstraße 11, Büro des PDS-Stadtvorstandes, 03046 Cottbus

Ankreuzen und hin !

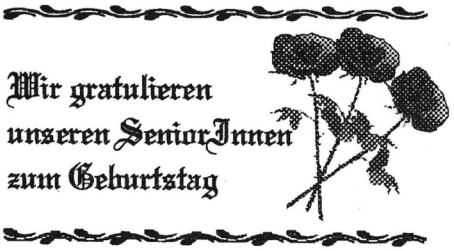
Termine 16.10. bis 15.11.1996

Stadtvorstandssitzungen
23.10.96, 06.11.96 jeweils 17.00 Uhr im Info-Zentrum Stadtvorstand

Diskussionrunde in der AG Theorie
mit Michael Brie zum Thema "Streit um die Demokratie in der PDS" am Dienstag, dem **12. November** 1996 um 18.00 Uhr im Info-Zentrum Stadtvorstand.

SeniorInnentreff
zum Thema "Die Renten und das Sparpaket" mit Fritz Rösel am Donnerstag, dem **31.10.1996** um 14.30 Uhr im Brandenburger Hof.

AG Polittourismus
Jeden Donnerstag um 17.00 Uhr im Info-Zentrum Stadtvorstand.



Allen, die zwischen dem 15. Oktober und 15. November Geburtstag feiern, alles Gute: Zum 90. Otto Regel, zum 89. Hermann Land, Otto Hotzko, Georg Domann, zum 86. Adelheid Huth, zum 85. Rosel Unversucht, zum 84. Robert Köhler, Hermann Prühs, Hans Bresan, zum 83. Marianne Stern, Hans Miethe, Käthe Prühs, Fritz Selleng, zum 82. Walter Krumpa, zum 81. Maria del Pilar Mendiburu, zum 80. Otto Scherer, zum 75. Charlotte Siegert, Hans-Joachim Werkmeister, Rudolf Hanisch, Hildegard Behrend, zum 65. Manfred Schröder, Hans Gußer, Edith Jacob, Hans Schulze, zum 60. Volker Döbel, Ingeborg Siewert,

Redaktionsschluß :
Für die nächste Ausgabe 22.10.96

Nächste Ausgabe
- blatt lesen